

Niederschrift

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg (öffentlich)

Sitzungstermin: Freitag, 25.09.2020
Sitzungsbeginn: 16:38 Uhr
Sitzungsende: 20:37 Uhr
Ort, Raum: Erwin-Piscator-Haus, Großer Saal, Biegenstraße 15, 35037 Marburg

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Thorsten Büchner - SPD

reguläre Mitglieder

Herr Peter Aab - SPD
Frau Bettina Böttcher-Dutton - SPD
Herr Dominic Dehmel - SPD
Frau Myriam Hövel - SPD
Herr Schaker Hussein - SPD
Frau Alexandra Klusmann - SPD
Herr Dr. Fabio Longo - SPD
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD
Herr Dr. Mohammad Malmanesh - SPD
Herr Uwe Meyer - SPD
Herr Steffen Rink - SPD
Herr Ulrich Severin - SPD
Herr Matthias Simon - SPD
Herr Gerald Weidemann - SPD
Frau Anna Zels - SPD
Herr Dirk Bamberger - CDU
Herr Oliver Hahn - CDU
Herr Manfred Jannasch - CDU
Herr Walter Jugel - CDU
Frau Anita Kaufmann - CDU
Herr Winfried Kissel - CDU
Herr Lars Küllmer - CDU
Herr Stefan Oberhansl - CDU
Herr Roger Pfalz - CDU
Frau Runhild Piper - CDU
Herr Karl Pörtl - CDU

ab 17:40 Uhr (TOP 4)

Herr Hans-Martin Reissner - CDU
Frau Karin Schaffner - CDU
Herr Jens Seipp - CDU
Herr Jan von Ploetz - CDU
Herr Dietmar Göttling - B90/Die Grünen
Frau Dr. Elke Neuwohner - B90/Die Grünen
Herr Marco Nezi - B90/Die Grünen
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen
Herr Christian Schmidt - B90/Die Grünen
Herr Hans-Werner Seitz - B90/Die Grünen
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen
Herr Roland Stürmer - B90/Die Grünen
Herr Uwe Volz - B90/Die Grünen
Frau Renate Bastian - Marburger Linke
Frau Tanja Bauder-Wöhr - Marburger Linke
Herr Roland Böhm - Marburger Linke
Herr Henning Köster-Sollwedel - Marburger Linke
Herr Jan Schalauske - Marburger Linke
Herr Miguel Angel Sánchez Arvelo - Marburger Linke
Frau Stefanie Wittich - Marburger Linke
Herr Hanke Bokelmann - FDP/MBL
Herr Christoph Ditschler - FDP/MBL
Frau Lisa Freitag - FDP/MBL
Herr Roland Frese - BfM
Frau Andrea Suntheim-Pichler - BfM
Herr Dr. Michael Weber - Piratenpartei

Magistratsmitglieder

Herr Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies - SPD
Herr Bürgermeister Wieland Stötzel - CDU
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD
Herr Stadtrat Nico Biver - Marburger Linke
Frau Stadträtin Alev Laßmann - B90/Die Grünen
Frau Stadträtin Anne Oppermann - CDU
Herr Stadtrat Christian Schombert - CDU
Herr Stadtrat Frédéric Schwindack - BfM

Entschuldigte Mitglieder

Frau Marianne Wölk - SPD	- entschuldigt -
Frau Sonja Sell - SPD	- entschuldigt -
Herr Hermann Heck - CDU	- entschuldigt -
Frau Inge Sturm - Marburger Linke	- entschuldigt -
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL	- entschuldigt -
Frau Gabriele Mensing - BfM	- entschuldigt -

Magistratsmitglieder

Herr Stadtrat Jürgen Hertlein - SPD	- entschuldigt -
Frau Stadträtin Anni Röhrkohl - CDU	- entschuldigt -
Frau Stadträtin Ursula Schulze-Stampe - SPD	- entschuldigt -
Herr Stadtrat Michael Selinka - FDP/MBL	- entschuldigt -
Frau Stadträtin Dr. Marlis Sewering-Wollanek - SPD	- entschuldigt -

Protokoll

Herr Lothar Sprenger - Fachdienst Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Thorsten Büchner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere den Stadtverordneten Karl Pörtl, der zum 16.09.2020 für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Stephan Muth nachgerückt ist und heute erstmals an der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teilnimmt. Er stellt die form- und fristgerechte Ladung zu der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest. Dagegen wird nicht gesprochen.

Herr Büchner entschuldigt Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk und wünscht ihr sowie dem stellv. Stadtverordnetenvorsteher Hermann Heck baldige Genesung.

Im Anschluss trägt er die Tagesordnung (TO) für die heutige Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorberatungen in den Ausschüssen vor.

Die dringlichen Anträge

- Dringlicher Antrag der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen betr.: Barrierefreier Zugang zu den Toiletten im Erwin-Piscator-Haus (VO/7591/2020),
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Moratorium für den Weiterbau der A 49 – Bauvorhaben widerspricht dem Marburger Klimaaktionsplan und steht sozialökologischer Wende entgegen (VO/7617/2020).
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Unterstützung für die Tarifforderung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen – Der enorme Einsatz der Beschäftigten in der Corona-Krise und darüber hinaus muss tariflich gewürdigt werden (VO/7619/2020).
- Dringlicher Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Spielplatz Northampton-Park (VO/7620/2020)
- Dringlichkeitsantrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Rücknahme der Allgemeinverfügung des Landkreises Marburg-Biedenkopf (VO/7621/2020)

erhalten allesamt nicht die für die Aufnahme auf die Tagesordnung erforderliche Mehrheit. Protokollierung siehe unter TOP 1.1 bis 1.5.

Zwei weitere dringliche Anträge, nämlich der

- Dringliche Berichtsantrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Zeltlösung für Veranstaltungen in der Corona-Zeit (VO/7614/2020)

und

- Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine Abschiebung von Frau Ubah Qule und ihren Kindern aus Marburg! (VO/7616/2020)

werden nach Einvernehmen im Ältestenrat als TOPe 6.1 und 6.2 auf die TO der heutigen Sitzung genommen.

Tagesordnungspunkt 7.1 – Antrag aller Fraktionen betr. Aufarbeitung des Widerstands gegen die NS-Diktatur in Marburg wird, wie in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates vereinbart, vorgezogen und nach TOP 2 behandelt.

Weitere Änderungswünsche werden nicht vorgebracht.

zu 1.1 **Dringlicher Antrag der Fraktion der Bündnis 90/Die Grünen betr.: Barrierefreier Zugang zu den Toiletten im Erwin-Piscator-Haus** Vorlage: VO/7591/2020

Die Stadtverordnete Dr. Perabo begründet die Dringlichkeit des Antrages, gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Severin. Für den Magistrat nimmt der Oberbürgermeister Stellung.

Im Anschluss lässt der stellv. Stadtverordnetenvorsteher über die Dringlichkeit abstimmen. Für die Dringlichkeit stimmen die Fraktionen von B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL und die Piratenpartei. Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter ist damit nicht erreicht.

Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die antragstellende Fraktion gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

**zu 1.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MarburgerLinke betr.: Moratorium für den Weiterbau der A 49 – Bauvorhaben widerspricht dem Marburger Klimaaktionsplan und steht sozialökologischer Wende entgegen
Vorlage: VO/7617/2020**

Der Stadtverordnete Schalauske begründet für die antragstellende Fraktion die Dringlichkeit des Antrages, dagegen spricht der Stadtverordnete Seipp.

Nach Aufruf durch den stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner stimmen die Fraktionen von B90/Die Grünen, Marburger Linke und die Piratenpartei für die Dringlichkeit des Antrages. Auch hier ist das für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter damit nicht erreicht.

Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die Fraktion Marburger Linke gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren.

**zu 1.3 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr. Unterstützung für die Tarifforderung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen – Der enorme Einsatz der Beschäftigten in der Corona-Krise und darüber hinaus muss tariflich gewürdigt werden
Vorlage: VO/7619/2020**

Die Dringlichkeit dieses Antrages begründet die Stadtverordnete Bastian, dagegen spricht der Stadtverordnete Pfalz.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher lässt anschließend über die Dringlichkeit abstimmen. Für diese stimmen die Fraktionen B90/Die Grünen, Marburger Linke und die Piratenpartei. Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter ist damit nicht erreicht.

Der Antrag wird ebenfalls nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Die antragstellende Fraktion gibt ihn daraufhin in das Verfahren.

**zu 1.4 Dringlicher Antrag der Fraktionen von CDU, SPD und BfM betr. Spielplatz Northampton-Park
Vorlage: VO/7620/2020**

Die Dringlichkeit des Antrages begründet der Stadtverordnete Seipp, dagegen spricht der Stadtverordnete Seitz. Im Anschluss nimmt Bürgermeister Stötzel für den Magistrat zur Problematik

Stellung.

Nach Aufruf durch den stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner stimmten die Fraktionen von SPD, CDU, FDP/MBL und BfM für die Dringlichkeit des Antrages. Auch hier ist damit das für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter nicht erreicht.

Der Antrag wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Der Stadtverordnete Seipp gibt den Antrag daraufhin in das Verfahren und meldet gleichzeitig Aussprache an.

**zu 1.5 Dringlichkeitsantrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Rücknahme der Allgemeinverfügung des Landkreises Marburg-Biedenkopf
Vorlage: VO/7621/2020**

Die Dringlichkeit des Antrages begründet der Stadtverordnete Göttling, dagegen spricht der Stadtverordnete Rink.

Nach Aufruf durch den stellv. Stdtverordnetenvorsteher Büchner stimmen die Fraktionen von B90/Die Grünen, Marburger Linke und die Piratenpartei für die Dringlichkeit. Das für die Aufnahme auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nach § 58 Abs. 2 HGO erforderliche Quorum von 2/3 der gesetzlichen Zahl der Gemeindevertreter ist damit auch bei diesem Antrag nicht erreicht.

Er wird nicht auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung genommen.

Herr Göttling gibt den Antrag daraufhin für die antragstellende Fraktion in das Verfahren.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.08.2020

Die Niederschrift ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen. Änderungen oder Ergänzungen werden nicht gewünscht, sie gilt somit in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

**zu 7.1 Gemeinsamer Antrag aller Fraktionen betr. Aufarbeitung des Widerstands gegen die NS-Diktatur in Marburg
Vorlage: VO/7034/2019-1**

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner erläutert Hintergründe und Intension des gemeinsamen Antrages aller Fraktionen und bittet um eine breite Zustimmung.

Nach Aufruf zur Abstimmung über den Antrag fasst die Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, eine Aufarbeitung des Widerstands gegen die NS-Diktatur in Marburg in die Wege zu leiten. Zu diesem Prozess der Aufarbeitung sollten möglichst viele gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen aufgerufen werden. Die wissenschaftliche Begleitung sollte durch Experten der Universität und der Geschichtswerkstatt erfolgen.

Der Magistrat wird gebeten, über die Konzeption und die zeitliche Planung zu berichten.

Öffentliche Veranstaltungen und eine geschichtliche Bearbeitung im Rahmen der Stadtschriften soll angestrebt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 3 Fragestunde

Der Ältestenrat hat sich mit Blick auf eine möglichst kurze Sitzungsdauer angesichts der Corona-Pandemie darauf verständigt, dass alle zur Fragestunde eingereichten kleinen Anfragen schriftlich beantwortet werden. Die Antworten sind dem Protokoll als Anlage beigefügt.

**zu 4 1. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2020
Vorlage: VO/7597/2020**

Der Oberbürgermeister bringt die 1. Nachtragshaushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg mit ihren Anlagen für das Haushaltsjahr 2020, das geänderte Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Planungsjahre 2019 bis 2023 und das geänderte Haushaltssicherungskonzept zum Finanzhaushalt 2020 sowie den Entwurf des geänderten Finanzplans 2019 bis 2023 gemäß § 101 Abs. 4 HGO ein. Er wird zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen. Zur Einbringung siehe auch TOP 5.

**zu 5 Finanzplan und Investitionsprogramm für die Haushaltsjahre 2020 bis 2024
der Universitätsstadt Marburg, Haushaltssatzung für das Jahr 2021 mit ihren
Anlagen und Stellenplan 2021
Vorlage: VO/7574/2020**

Oberbürgermeister Dr. Spies bringt in seiner Eigenschaft als Kämmerer

1. das Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Planungsjahre 2020 bis 2024,
2. die Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahre 2021 mit ihren Anlagen,
3. den Stellenplan 2021 der Universitätsstadt Marburg
4. das Haushaltssicherungskonzept zum Finanzhaushalt 2021

sowie den Entwurf des Finanzplanes 2020 bis 2024 gemäß § 101 Abs. 4 HGO in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Der Stadtverordnete Pfalz beantragt nach der 90-minütigen Einbringungsrede des Oberbürgermeisters den Haushalt an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung zu überweisen. Einwände dagegen werden nicht erhoben.

Der Haushaltsplanentwurf 2021 wird somit durch einstimmigen Beschluss an den Haupt- und Finanzausschuss zur weiteren Beratung überwiesen.

zu 7.2 Antrag Fraktion Marburger Linke betr.: Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen verhindern – Milieuschutzgebiete ausweisen
Vorlage: VO/7272/2020

Der Antrag wird gemeinsam mit TOP 7.4 zur Aussprache aufgerufen.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Im Ausschuss wurde ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU eingebracht. Diesem empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Annahme, dem Antrag in seiner ursprünglichen Fassung mehrheitlich die Ablehnung. Aussprache wurde angemeldet.

Antrag und Änderungsantrag sind auch im Haupt- und Finanzausschuss vorberaten worden, der die gleichen Beschlussempfehlungen ausspricht wie der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften.

Nach Aufruf zur Aussprache sprechen die Stadtverordneten Schmidt, Bauder-Wöhr, Frese, Oberhansl, Bokelmann, Klusmann, Wittich und Oberbürgermeister Dr. Spies.

Im Anschluss ruft der stellv. Stadtverordnetenvorsteher zur Abstimmung auf. Es erfolgt zunächst die Abstimmung über den Ursprungsantrag.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltungen: Piratenpartei

Es folgt die Abstimmung über den von SPD, BfM und CDU eingereichten Änderungsantrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob und wo in Marburg ein oder mehrere gefährdete Milieus identifiziert werden können, die die Anforderungen für eine Milieuschutzsatzung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB erfüllen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM, Piratenpartei
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL
Enthaltungen: keine

zu 7.4 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Strategie für eine nachhaltige Bodennutzungspolitik in Marburg
Vorlage: VO/7444/2020

Der Antrag wird gemeinsam mit TOP 7.2 zur Aussprache aufgerufen.

Für den Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Meyer. Zu diesem Antrag lag ebenfalls ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU vor. Der Ausschuss empfiehlt dem Ursprungsantrag mehrheitlich die Ablehnung, dem Änderungsantrag mehrheitlich die Zustimmung.

Protokollierung der Aussprache siehe TOP 7.2.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher lässt auch hier nach Beendigung der Aussprache über Antrag und Änderungsantrag abstimmen:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Der Ursprungsantrag der Fraktion B90/Die Grünen wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Nein-Stimmen: SPD, CDU, FDP/MBL, BfM
Enthaltungen: Piratenpartei

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den Änderungsantrag wie folgt:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung strebt an, dass Grund und Boden im Eigentum der Universitätsstadt Marburg bevorzugt in Erbpacht und nicht durch Verkauf abgegeben wird. Sie ersucht den Magistrat, zu prüfen, ob und in wieweit durch die städtischen Gesellschaften ebenso verfahren werden kann. Davon ausgenommen sind beziehungsweise sollen sein:**
 - die Schaffung von Wohneigentum in (neuen) Siedlungsgebieten sowie
 - Gewerbeflächen, die mit dem Zwecke der Steuerung von Gewerbeansiedlungen zur Bodenbevorratung angekauft wurden oder werden, um schädliche Wirkungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu vermeiden.
2. **Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, wie neben den bestehenden und – soweit zulässig – regelmäßig genutzten Vorkaufsrechten, eine Vorkaufssatzung nach § 25 BauGB für Marburg errichtet werden kann und welche Auswirkungen auf Grundstückspreise und Immobilienmarktentwicklung zu erwarten sind.**
3. **Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, für welche Grundstücke in Privatbesitz ein Bebauungsgebot nach § 176 BauGB möglich und sinnvoll ist.**
4. **Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen, ob und wo in Marburg ein oder mehrere gefährdete Milieus identifiziert werden können, die die Anforderungen für eine Milieuschutzsatzung nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 erfüllen.**
5. **Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass der Magistrat landwirtschaftliche Flächen in städtischem Eigentum ausschließlich verpachtet und die Einhaltung aller Vorgaben an Pächter überprüft.**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM, Piratenpartei
Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke
Enthaltungen: FDP/MBL

zu 6 Dringlichkeitsanträge

**zu 6.1 Dringlicher Berichtsantrag der Fraktionen von SPD, BfM und CDU betr.: Zeltlösung für Veranstaltungen in der Corona-Zeit
Vorlage: VO/7614/2020**

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, über die Möglichkeiten zu berichten, ob und wie durch eine zusätzliche Zeltlösung vorübergehende Räumlichkeiten während der kalten Jahreszeit insbesondere für Vereine und andere ehrenamtliche Initiativen aus dem kulturellen Bereich oder der Gemeinwesenarbeit zur Verfügung gestellt werden können.

Viele (Vereins-)Aktivitäten sind auf größere Räumlichkeiten angewiesen, um die geltenden Hygieneanforderungen umsetzen zu können.

Hierbei soll insbesondere über mögliche Größen und Kapazitäten von Zelten, deren Beheizung, mögliche Standorte und den Kostenrahmen berichtet werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Unmittelbar nach der Beschlussfassung berichtet Oberbürgermeister Dr. Spies für den Magistrat über Lösungsmöglichkeiten, die derzeit geprüft bzw. geplant werden.

Über das Ergebnis der Prüfung sowie die weiteren Planungen des Magistrats soll dieser dann im November im Ausschuss berichten.

**zu 6.2 Dringlichkeitsantrag der Fraktion Marburger Linke betr.: Keine Abschiebung von Frau Ubah Qule und ihren Kindern aus Marburg!
Vorlage: VO/7616/2020**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt den im Antrag unter „Sachverhalt“ aufgeführte Appell an den Regierungspräsidenten in Gießen zu richten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linke, BfM, Piratenpartei
Nein-Stimmen: CDU
Enthaltungen: FDP/MBL

zu 7 Anträge der Fraktionen

**zu 7.3 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Nulltarif mit Stadtpass - Mehr Nutzen bei weniger Kosten
Vorlage: VO/7290/2020**

Zu dem Antrag ist Aussprache angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb auf Wunsch der antragstellenden Fraktion auf Oktober verschoben.

**zu 7.5 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Schul-IT Corona-fest machen – Schulbudgets verdoppeln!
Vorlage: VO/7489/2020**

Auch zu diesem Antrag ist Aussprache angemeldet, die aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Der Antrag wird deshalb ebenfalls auf Wunsch der antragstellenden Fraktion auf die Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung verschoben.

zu 7.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Die Marburger Milch macht's: Marburger Traditionsmolkerei retten und unter öffentlicher Regie weiterführen – Stadt und Kreis müssen Verantwortung übernehmen
Vorlage: VO/7490/2020

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Die Punkte 2 bis 4 des Antrages wurden im Ausschuss durch die antragstellende Fraktion gestrichen. Dem so geänderten Antrag empfiehlt der Ausschuss einstimmig die Annahme. Aussprache (Setzpunkt) wurde angemeldet, auf die die antragstellende Fraktion jedoch verzichtet.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher ruft den auf Punkt 1 reduzierten Antrag zur Abstimmung auf und die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung bedauert die Liquidation der Marburger Traditionsmolkerei. Die Schließung des Traditionsunternehmens bedeutet den Verlust von 20 Arbeitsplätzen und Schwierigkeiten für 30 Milchbauern in der Region, die die Molkerei beliefert haben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 7.7 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr.: Coronabedingte Erhöhungen der Kursgebühren der VHS
Vorlage: VO/7570/2020

Der Antrag wurde im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport und Bäder durch die antragstellende Fraktion zurückgezogen.

zu 7.8 Antrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Moratorium beim Weiterbau der A49
Vorlage: VO/7571/2020

Der Antrag wurde im Haupt- und Finanzausschuss zur Vorberatung zunächst an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Verkehr verwiesen. Er wird jedoch, wie im Ältestenrat festgelegt, mit weiteren Anträgen zur A49 in der Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung ohne weitere Vorberatung behandelt.

zu 7.9 Berichtsantrag der Fraktion B90/Die Grünen betr. Kleiderkammer Marburg
Vorlage: VO/7572/2020

Vor der Beschlussfassung beantragt der Stadtverordnete Göttling den Bericht schriftlich zu erteilen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst nach Aufruf durch den stellv. Stadtverordnetenvorsteher folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Wann wurde die im Eigentum der Stadtwerke Marburg befindene Immobilie an Privat

verkauft?

2. **Warum hat die Stadt Marburg, das zum Verkauf stehende Gebäude, in dem sich die Marburger Kleiderkammer befindet, nicht für städtische Nutzungen von den Stadtwerken Marburg selbst erworben?**
3. **Warum hat der Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke, Oberbürgermeister Thomas Spies, nicht bei den Verkaufsverhandlungen darauf geachtet, dass eine Räumung der Kleiderkammer erst dann erfolgen kann, wenn andere Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.**
4. **Wann musste die Marburger Kleiderkammer ihre Räumlichkeiten für den neuen Investor freimachen?**
5. **Welche Perspektive besteht für die Marburger Kleiderkammer langfristig gesicherte Räumlichkeiten an einem festen Standort zu erhalten?**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

zu 7.10 Antrag der FDP/MBL-Fraktion betr. Weihnachtsmärkte dezentral durchführen!
Vorlage: VO/7580/2020

Zu dem Antrag war Aussprache angemeldet, die jedoch aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr durchgeführt wird. Die antragstellende Fraktion bittet deshalb über den Antrag abstimmen zu lassen.

Von der Vorberatung des Antrages im Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Ausschussvorsitzende, Stadtverordneter Pfalz. Dort wurde beantragt, den Antrages in einen Berichtsantrag umzuwandeln. Dem empfiehlt der Ausschuss mehrheitlich die Zustimmung, dem Antrag in seiner ursprünglichen Fassung mehrheitlich die Ablehnung.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner lässt zunächst über den Antrag in seiner ursprünglichen Fassung abstimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei
Nein-Stimmen: SPD, CDU, BfM
Enthaltungen: keine

Es folgt die Abstimmung über die in einen Berichtsantrag umgewandelte Fassung, wobei der Bericht in der Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung gegeben werden soll.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, über die angestellten Überlegungen des Magistrats im Hinblick auf die Durchführung eines Weihnachtsmarktes am Freitag, den 23. Oktober 2020, in der Stadtverordnetenversammlung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: SPD, CDU, BfM

Nein-Stimmen: B90/Die Grünen, Marburger Linke, FDP/MBL, Piratenpartei

Enthaltungen: keine

zu 8 Kenntnisnahmen

**zu 8.1 Marburger Ortsrecht: Neufassung der Geschäftsordnung und der Wahlordnung für den Behindertenbeirat der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/7347/2020**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die durch den Magistrat beschlossene Geschäftsordnung sowie die Wahlordnung für den Behindertenbeirat der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

**zu 8.2 Marburger Ortsrecht: Neufassung der Geschäftsordnung und der Wahlordnung für den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/7575/2020**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die durch den Magistrat beschlossene Geschäftsordnung sowie die Wahlordnung für den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Marburg zur Kenntnis.

**zu 8.3 Abschlussbericht und Handlungsempfehlungen aus dem Projekt "Lebenssituation und Teilhabe von Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen in Marburg"
Vorlage: VO/7579/2020**

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den vorgelegten Abschlussbericht und die Handlungsempfehlungen aus dem Projekt „Lebenssituation und Teilhabe von Frauen und Mädchen mit Beeinträchtigungen in Marburg“ zur Kenntnis.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung abgearbeitet. Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Büchner dankt den Anwesenden und wünscht ein angenehmes Wochenende.

Marburg, 12.10.2020

Thorsten Büchner
Stellv. Stadtverordnetenvorsteher

Lothar Sprenger
Protokoll

Matthias Simon
Vorsitzender der SPD-Fraktion

Jens Seipp
Vorsitzender der CDU-Fraktion

Anlagen

Antworten auf die kleinen Anfragen nr. 1 bis 26

Kleine Anfrage Nr. 01

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Marco Nezi
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

In der Stadtverordnetenversammlung vom 26. Juni 2020 fragte ich, ob der Mietendeckel auch für Anschlussvermietungen bei der Gewobau gelte und wie hoch diese Mieterhöhungen - falls erfolgt - in den letzten Jahren ausgefallen seien. Die Antwort war jedoch unvollständig. Einerseits zeigte sich, dass der Mietendeckel gar kein Mietendeckel ist, denn die Anschlussvermietungen fallen nicht unter den Mietendeckel. Andererseits wurde keine Auskunft über die Höhe der Mieterhöhungen aus Anschlussvermietungen gegeben. Der Magistrat möge dies nachholen und die Anfrage vollständig und ausführlich beantworten.

Stellungnahme/Antwort durch:	GeWoBau Marburg
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Für den Begriff des „Mietendeckels“ gibt es keine Legaldefinition.

Die Formulierung im Programm Marburg Miteinander orientiert sich an einer Forderung des Marburger Ablegers des Bündnis Mietenwahnsinn Hessen, in dem u. a. der Mieterbund, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände wie die Parität, die Diakonischen Werke, die Lebenshilfe, die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. oder die Lebenshilfe – Landesverband Hessen e.V., mehrere ASten sowie zahlreiche weitere Organisationen mitwirken.

Gefordert wurde für Marburg, „nach dem Vorbild der landeseigenen Nassauischen Heimstätte/Wohnstadt soll die Stadt einen Mietendeckel für die städtische GeWoBau einführen und dadurch sicherstellen, dass Mietsteigerungen auf ein Mindestmaß begrenzt werden.“ Die Nassauische Heimstätte erhöht Bestandsmieten laut Aussage der Hessischen Wohnungsbauministerin Priska Hinz, die Aufsichtsratsvorsitzende der Unternehmensgruppe ist, jährlich um 1 Prozent.

Der Marburger Mietendeckel als Teil des Programms Marburg Miteinander geht deutlich weiter, indem Bestandsmieten überhaupt nicht erhöht werden.

Zu den angefragten Zahlen: die durchschnittliche Miete der GeWoBau beträgt 5,50 €/m². Die durchschnittlichen Kaltmieten bei Vertragsabschluss sind in den vergangenen Jahren wie folgt gestiegen und liegen damit immer noch bis zu 70 Prozent unter Neuvermietungen am Wohnungsmarkt:

2011	5,12 €/m ²
2012	5,07 €/m ²
2013	5,13 €/m ²
2014	5,31 €/m ²
2015	5,46 €/m ²
2016	5,51 €/m ²
2017	5,82 €/m ²
2018	6,12 €/m ²
2019	6,16 €/m ²
2020	6,39 €/m ² (vorläufig)

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 02

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Wie viele Soloselbstständige sind bisher durch das Hilfsprogramm der Stadt Marburg gefördert worden und wie hoch sind die bisher hierzu verausgabten Finanzmittel?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Im Hilfspaket Marburg Miteinander sind viele Bausteine zur Unterstützung für Soloselbstständigen enthalten.

Für den Notlagenfond für Soloselbstständige werden gerade die Förderbedingungen erarbeitet.

Vorerst wurden die Soloselbstständigen beraten über die Hilfsprogramme des Landes- und Bundes, da diese vorrangig zu beantragen sind. Zudem hat der FD Kultur den Soloselbstständigen vorgeschlagen coronakompatible Projektformate zu entwickeln, die über geänderte oder zusätzliche Projektförderungen von FD Kultur unterstützt werden könnten. Dies wurde aber bisher eher von Vereinen in Anspruch genommen. Im Bereich Kunst haben etliche Künstler*innen von der Aktion Sommerstadt Marburg profitiert.

Auch bei der Stadt-Geld-Aktion waren Soloselbstständige zugelassen, wie etwa Fotograf*innen oder Musiklehrende. Dies wurde auch von einigen genutzt, wie z.B. Galerie JPG, die Ihre Künstler*innen damit unterstützte. Leider ist die Abgrenzung der Soloselbstständigen bei der Auswertung schwierig, weshalb hier keine präzisen Zahlen genannt werden können.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 03

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Dietmar Göttling
Fraktion / Partei:	Bündnis90/Die Grünen

Ist dem Magistrat bekannt, ob die finanzielle Unterstützung für Soloselbständige aus dem Hilfsprogramm der Stadt auf die Hartz IV Leistungen angerechnet wird, falls ja, welche Möglichkeiten sieht der Magistrat dies abzuwenden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Für den Notlagenfond für Soloselbständige werden gerade die Förderbedingungen erarbeitet, weshalb eine rechtssichere Beantwortung und Einschätzung nicht möglich ist. Die Regelungen zur Ermittlung des Einkommens aus selbständiger Tätigkeit im SGB II sind sehr diffizil. Wir gehen davon aus, dass eine Leistung aus dem städtischen Coronahilfe-Fonds eine Betriebseinnahme eines z.B. Solo-Selbständigen, der beim Job Center (ergänzendes) Arbeitslosengeld II beziehen könnte, darstellt. Dann würde die Leistung nicht direkt auf den Arbeitslosengeld II Anspruch angerechnet werden. Nur wenn sich aus der Betriebstätigkeit unter Berücksichtigung der Coronahilfe z.B. in einer Gewinn- und Verlustrechnung (GUV) ein Gewinn ergibt, wäre der Gewinn aus Betriebstätigkeit auf das Arbeitslosengeld II anzurechnen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 04

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie kann der Magistrat eine Aufnahme von geflüchteten Mitmenschen - auch Minderjährige - bei/in bereits in Deutschland lebenden Privatpersonen/Familien direkt nach dem Stellen des Asylantrags ermöglichen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 52 - Migration und Flüchtlingshilfe
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Das Regierungspräsidium Darmstadt erstellt für Hessen die Zuweisungsbescheide von Asylbewerber_innen an die Landkreise. Nach dem Landesaufnahmegesetz (LAG) sind die Landkreise zur Aufnahme und Unterbringung dieses Personenkreises verpflichtet. In Absprache mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf übernimmt die Universitätsstadt Marburg ihren Anteil an Personen zur Unterbringung im Stadtgebiet. Dabei werden im Rahmen der Zuweisung, wenn möglich, persönliche Belange berücksichtigt. Eine darüberhinausgehende Einflussnahme des Magistrats bei der Aufnahme von geflüchteten Mitmenschen ist rechtlich nicht vorgesehen. ^

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 05

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

In der Oberhessischen Presse wurde berichtet, dass zum Jahreswechsel die Umstellung der Gelben Säcke auf Gelbe Tonnen erfolgen soll. Wann genau wird den Haushalten die Gelbe Tonne zugewiesen?

(vgl.: <https://www.op-marburg.de/Marburg/Tonne-soll-den-gelben-Sack-im-Landkreis-Marburg-Biedenkopf-ersetzen>)

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Entsprechend der Abstimmungsvereinbarung sind die gelben Tonnen im Zeitraum 15.11.2020 bis 28.02.2021 aufzustellen. Bis zum Abschluss der Behälteraufstellung sind durch den Entsorger weiterhin gelbe Säcke zur Verfügung zu stellen.

Aktuell liegen noch keine konkreten Planungen des Entsorgungsunternehmens über die Verteilung der gelben Tonnen vor. Sobald die genauen Termine von dort vorgelegt worden sind, werden die Marburger Bürgerinnen und Bürger umgehend darüber informiert werden.

Ergänzend dazu wird darauf hingewiesen, dass der Bereich der Oberstadt aufgrund der beengten Platzverhältnisse nicht mit gelben Tonnen ausgestattet wird. Für die Oberstadt wurde mit dem Systembetreiber DSD abgestimmt, dass die Einsammlung der Verkaufsverpackungen in diesem Gebiet weiterhin mittels „gelber Säcke“ erfolgen soll. Die Bereitstellung der Gelben Säcke für die Oberstadt erfolgt wie bislang durch die einmalige Verteilung sowie Bezugsmöglichkeit bei einer Ausgabestelle in der Oberstadt (voraussichtlich: Rathaus, Botenmeisterei) und im Abfallservicebüro der Stadtwerke, Am Krekel 55.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 06

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Dominic Dehmel
Fraktion / Partei:	SPD

Welche Werte hatten die letzten regelmäßigen Trinkwasseranalysen am Schröcker Elisabethbrunnen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Elisabethbrunnen ist eine Anlage die dem Land Hessen gehört. Der Universitätsstadt Marburg liegen hierzu keine Angaben vor.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 07

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Steffen Rink
Fraktion / Partei:	SPD

Wie und in welchem (auch: finanziellen) Umfang hat der Magistrat den Verein „SubQultur e. V.“ bzw. dessen Vorgängerverein und dessen Umfeld in den vergangenen Jahren bis heute unterstützt?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Verein „SubQultur wie sein Vorgänger Kinder- und Jugendzirkus e.V. wurde vor 2019 nicht gefördert.

Am 12.09.19 erfolgte auf Antrag eine Programmförderung im Sinne der Clubkultur in Höhe von 10.000 €. Parallel dazu erfolgte eine enge fachliche (FD 41) sowie betriebswirtschaftliche Beratung durch einen externen Wirtschaftsberater. Sein Honorar in Höhe von 500,-€ wurde ebenfalls vom Fachdienst 41 als operative Clubförderung übernommen. Um kulturellen Tätigkeiten des Vereins SubQultur im Kulturort Q erhalten zu können, gab es darüber hinaus verwaltungsintern verschiedenen Kooperationen, die dazu führten, dass die Liegenschaft Pilgrimstraße 26/28 mit dem Kesselhaus in das Förderprogramm „Lebendige Zentren“ aufgenommen wurde. Darüber hinaus ist der Fachdienst Juni 2019 eng mit dem Vorstandsvorsitzenden des Vereins „Subkultur“ im Gespräch, um bei der Entwicklung des kulturellen, des Wirtschafts- und des Zweckbetriebs konzeptionell zu unterstützen.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 08

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Hanke Bokelmann
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Sind für die von den Stadtwerke betriebenen Buslinien bisher Wünsche von Fahrgästen oder Elternvertretern bekannt geworden, mehr Busse einzusetzen, um Corona-bedingte Abstandsregeln besser einhalten zu können?

Stellungnahme/Antwort durch:	Stadtwerke Marburg Consult
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Den Stadtwerken Marburg liegen fünf Rückmeldungen von Fahrgästen aus dem 2. Quartal und vier aus dem 3. Quartal 2020 vor, in denen Busse als „zu voll“ gemeldet wurden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 09

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Andrea Suntheim-Pichler
Fraktion / Partei:	BfM

In welchem Umfang wurden in der Vergangenheit (vor dem Shutdown) die Unternehmersprech-tage im TTZ genutzt und welche Hauptanliegen kristallisierten sich dabei heraus?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 15 - Referat für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsent-wicklung
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

2019 haben 27 Beratungen in diesem Rahmen stattgefunden. In den ersten zwei Monaten des Jahres 2020 waren es 8 Beratungen. Hierbei wurden neben allgemeinen betriebswirtschaftli-chen Belangen von etablierten Unternehmen (wie Rechtsform, Marketing, Businessplan) vor al-lem Fragen zur Existenzgründung gefolgt vom Thema "Erweiterung" des Geschäftsmodells er-örtert. Das Thema Unternehmensnachfolge wurde auch gelegentlich behandelt. In nahezu je-dem Beratungsgespräch wurden Fragen zum Thema "Finanzierung" besprochen, da der Schwerpunkt des Sprechtags mit der Wi-Bank die Finanzierung ist.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 10

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Andrea Suntheim-Pichler
Fraktion / Partei:	BfM

Wieviel Hektar Wald befinden sich auf dem Gebiet der Stadt, für den die Stadt auch verantwortlich ist und in welchem Zustand befindet sich der Waldbestand?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 67 - Stadtgrün und Friedhöfe
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Im Gebiet der Stadt befinden sich ca. 250 ha Waldfläche.

Da sich der zuständige Revierförster von Hessen-Forst bis 5. 10. 2020 im Urlaub befindet, werden wir über den Zustand des städtischen Waldes erst nach diesem Zeitpunkt eine Auskunft erteilen können.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 11

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Seit wann und wie lange noch besteht die erhebliche Beeinträchtigung der Nutzbarkeit des sehr stark frequentierten Fahrradweges über die Cappeler Felder durch tiefe Einkerbungen im Wegebelaag (infolge von Bauarbeiten?)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der Ortsbeirat Cappel hat den DBM mit Arbeiten zur Feldwegeinstandsetzung beauftragt. Die durch diese Arbeiten entstandenen Fräskanten werden noch im Lauf der 39. KW beseitigt.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 12

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Henning Köster-Sollwedel
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wann eigentlich und warum und unter wessen politischer Verantwortung (Egon Vaupel, Franz Kahle, Wieland Stötzel und/oder Thomas Spies?) ist die Stadt Marburg aus dem europaweiten Aktionstag „Autofreier Tag der Kampagne 'In die Stadt – ohne mein Auto“ am 22/09 ausgeschert, der, was die Beteiligung angeht, ein Erfolgsmodell war?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Umweltaktionstage – „In die Stadt ohne mein Auto“ hat die Stadt Marburg in der Zeit von 2000 bis 2014 alleine - seit 2015 bis 2016 in Kooperation mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf ausgerichtet. Die Einstellung des Umweltaktionstages im Jahr 2017 hatte verschiedene Gründe:

1. Haushaltsmittel

Die Mittel für die Ausrichtung wurden bereits 2016 aufgrund der damaligen Haushaltssituation so beschnitten, dass die Durchführung nur in Kooperation mit dem Landkreis möglich war. 2017 mussten aufgrund der Haushaltslage weiterhin Sparpotentiale in allen Fachdiensten realisiert werden. In Abstimmung mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf wurde daher auf die Ausrichtung seit 2017 verzichtet und die eingeplanten städtischen Mittel für zusätzliche Leihräder und die die Freifahrten (30 Minuten für alle) mit dem Fahrradverleihsystem *nextbike* verwendet.

2. Abwägung: Höhe der Aufwendungen für einen Tag zu „Nutzen“

Die Konzeption des Tages sah zentral gelegene Veranstaltungsorte in der Innenstadt – konkret Elisabeth-Blochmann-Platz, Lahnwiesen, Uferstraße – vor. Damit verbunden waren auch die temporäre Sperrung der Weidenhäuser Brücke sowie der Uferstraße. Diese Straßensperren haben einen erheblichen organisatorischen wie finanziellen Aufwand bedeutet. Zusammen mit den an dem Tag angebotenen Informationsständen, Materialien, Sport-, Spiel- und Mitmachangeboten sowie der Ausstellung zu Verkehrsalternativen (Elektro-Autos, Elektro-Fahrräder, ...) lagen die Gesamtkosten letztlich bei über 34.000 €. Die Planung, Abstimmung und Organisation hat zudem einen erheblichen Personalbedarf verursacht. In Abwägung der erheblichen organisatorischen Aufwendungen (Personal bei Stadt und Landkreis) plus der direkten Kosten zu der Zahl der Besucher haben sich die Stadt Marburg und der Landkreis auch 2018 darauf verständigt, den Umweltaktionstag in dem bisherigen Format einzustellen. Dazu kam im Jahr 2018, dass die Weidenhäuser Brücke ohnehin baubedingt gesperrt war und der Elisabeth-Blochmann-Platz wegen Baumaterial für den Aktionstag nicht zur Verfügung stand. Viele an den Umweltaktionstagen vorgestellten Mobilitäts- und Verkehrsalternativen sind inzwischen auch nicht mehr „innovativ“, sondern stehen einem breiten Nutzerspektrum im Alltag zur Verfügung, d.h. sie benötigen keine Anfangsinformationen und Werbemaßnahmen mehr. Dies betrifft beispielsweise Leihräder *nextbike*, Elektro-Fahrräder & Elektro-Lastenräder, Elektro-Fahrzeuge, ... Aus Sicht des Magistrats ist das im Haushalt zur Verfügung stehende Geld in dem Fahrradverleihsystem einschließlich kostenloser Ausleihe besser investiert.

Umwelt-, Mobilitäts-, Verkehrs- und Klimaschutzthemen wurden in Folge in anderen Formaten, wie z.B. dem Mobilitätstag oder Veranstaltungen zum Klimaschutz, vorgestellt. Für 2021 oder 2022 sind weitere Veranstaltungen im Rahmen der Mobilitätsplanungen oder des Klima-Aktionsplans möglich. Vorab muss die Entwicklung der Corona-Pandemie und deren Wirkung auf Großveranstaltungen abgewartet werden.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 13

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Die ehrenamtlich Tätigen vom Technischen Hilfswerk THW in der Molkereistraße in Marburg/Süd fühlen sich eingeschränkt in ihrer Arbeit durch die angrenzende Wohnbebauung (Lärm bei Reparaturarbeiten an techn. Geräten bis 22.00 Uhr).

Welche Hilfestellung kann seitens der Stadt geleistet werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 3 - Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Dem Ortsbeauftragten des THW ist nicht bekannt, dass sich die ehrenamtlich Tätigen in ihrer Tätigkeit eingeschränkt fühlen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 14

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Inge Sturm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Wie kann die Dezernentin das Chaos an den Bushaltestellen nach Schulschluss besonders u.a. in der Schwanallee für die Schülerinnen und Schüler nach der Corona Schutz- und Hygieneverordnung verbessern?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Gleich nach Beginn des Schulstarts wurden die Schulleitungen über das Problem informiert und gebeten, die Schüler*innen und Eltern zu diesem Thema zu informieren und zu sensibilisieren, dass ein freiwilliges Tragen von Masken bereits an der Bushaltestelle sinnvoll ist, um bei dieser Nähe eine mögliche Ansteckung mit dem Virus zu reduzieren. In Absprache mit dem Ordnungsamt erscheinen Kontrollen und Maßnahmen, wie Platzverweise wenig zielführend, weil die Schüler*innen auf den Bus angewiesen sind.

Da diese Situation sowohl für uns als Schulträger als auch für die Stadtwerke und das Staatliche Schulamt sehr unbefriedigend ist, suchen wir gemeinsam aktiv nach Veränderungen, um Schüleransammlungen an Bussen zu minimieren.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 15

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Welche Maßnahmen hat der Magistrat ergriffen um die Corona-Hygiene-Regeln auf den Schulwegen – vor allem in Schulbussen – sicher zu stellen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 40 - Schule
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Maßnahmen den Bussen richten sich nach den aktuellen Corona-Verordnungen zur Nutzung des ÖPNV. Dazu gehört in erster Linie das Tragen der Mund-Nasen-Bedeckung. Die Überwachung dieser Maßnahme obliegt den Stadtwerken als Verkehrsunternehmen.

Da aus Sicht des Magistrats auch versucht werden muss, den Schulbusverkehr zu entzerren, befinden wir uns aktuell in engem Austausch mit dem Staatlichen Schulamt und den Stadtwerken um gemeinsam ein nachhaltiges und wirkungsvolles Konzept zu erarbeiten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 16

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Ulrich Severin
Fraktion / Partei:	SPD

Wie viele Kinder und Jugendliche werden derzeit durch Vormundschaften betreut und wie viele ehrenamtliche Vormünder*innen nehmen diese Aufgabe wahr?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 51 - Zentrale Jugendhilfedienste
Dezernent/Dezernentin:	Stadträtin Kirsten Dinnebier

Stellungnahme/Antwort:

Derzeit werden durch das Jugendamt der Stadt Marburg für 52 Kinder und Jugendliche Vormundschaften oder Ergänzungspflegschaften ausgeführt.

Bezüglich der Anfrage zu ehrenamtlichen Vormundschaften können seitens des Jugendamtes keine Aussagen getroffen werden, da diese von den jeweils zuständigen Familiengerichten bestellt werden.

In Einzelfällen (ca. zwei Fälle pro Jahr) werden Vormundschaften/Ergänzungspflegschaften vom Jugendamt an Einzelvormünder*innen abgegeben und vom Familiengericht bestellt. Diese können jedoch sowohl berufsmäßig (z.B. Rechtsanwälte*innen) als auch ehrenamtlich (z.B. Verwandte oder Pflegeeltern) tätig sein.

Kirsten Dinnebier
Stadträtin

Kleine Anfrage Nr. 17

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Einmütig hat das Stadtparlament im Januar 2019 beschlossen, dass der Magistrat die Voraussetzungen schaffen soll, um noch im gleichen Jahr eine Gemeinwohl-Bilanz für die Stadtwerke auf den Weg zu bringen. Welche Schritte hat der Magistrat unternommen, wie erfolgreich waren diese und weshalb hat er dem Stadtparlament noch nicht berichtet, wie ebenfalls im Beschluss vorgesehen?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 20 - Finanzservice
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Magistrat ist dem gerne nachgekommen und auch der Aufsichtsrat der Stadtwerke ist dem Wunsch gerne gefolgt. Die Stadtwerke haben den Gemeinwohlbericht erstellt. Dem Aufsichtsrat werden voraussichtlich im Spätherbst diesen Jahres die Prüfungsergebnisse vorgelegt.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 18

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Renate Bastian
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Dem Magistrat ist bisher nicht gelungen, wie mehrfach zugesichert, ein Verfahren zur Nachverfolgung von Beschlüssen des Stadtparlaments bereitzustellen. Wird es möglich sein, eine Liste der in der Wahlperiode umgesetzten Beschlüsse mit den daran beteiligten Fachdiensten anzufertigen, ebenso eine Liste der nicht umgesetzten Beschlüsse (mit entsprechender Begründung)?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 09 - Unterstützung Kommunalen Gremien
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Umsetzung der sogenannten Beschlussverfolgung mit Hilfe des Ratsinformationssystems ALLRIS hat sich leider aufgrund personeller und organisatorischer Umstände mehrfach verzögert. Nach einer Vakanz im Bereich der Betreuung der ALLRIS-Anwendungen im Vorjahr lag der Fokus im Fachdienst Technische Dienste zu Beginn dieses Jahres aufgrund der Coronapandemie darauf, die zur Aufrechterhaltung des Verwaltungsbetriebes notwendigen Homeoffice-Arbeitsplätze zu organisieren und einzurichten sowie digitale Lösungen für Besprechungen und sonstige Meetings zu implementieren.

Nach der schrittweisen Rückkehr in den „Normalbetrieb“ auch in einem Großteil der Fachdienste wurde jedoch zwischenzeitlich mit der Einführung der Beschlussverfolgung, die eine Einweisung der Mitarbeiter*innen vor Ort in den jeweiligen Fachdiensten erfordert, begonnen, und wird zeitnah sukzessive fortgeführt.

Die Bereitstellung einer Liste mit den in der Fragestellung geforderten Angaben ist bei einer Anzahl von ca. 600 in der laufenden Legislaturperiode gestellten Anträgen aufgrund des immensen Rechercheaufwandes für die Verwaltung in einem angemessenen zeitlichen Rahmen nicht zu leisten.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 19

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Roland Böhm
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 2019 sind Ausschlüsse von Menschen wegen ihrer Behinderung vom Wahlrecht grundgesetzwidrig.

Wie ist sichergestellt, dass Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung bei der Kommunalwahl ihr Wahlrecht ausüben können, z. B. durch Wahlinformationen und –unterlagen in Leichter Sprache?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 10 - Personal und Organisation
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Menschen mit Behinderungen, die aufgrund kognitiver Beeinträchtigungen Verständnisschwierigkeiten haben, sollen durch Hinweise und Wahlunterlagen in leichter Sprache über das Wahlrecht informiert werden. Bereits im Zusammenhang mit der Kommunalwahl 2016 wurden Erläuterungen zu den Musterstimmzetteln in einfacher Sprache zur Verfügung gestellt. Dies soll auch im Zuge der Kommunalwahl 2021 fortgeführt werden.

Ferner ist vorgesehen, dass Materialien für die Kommunalwahl 2021 entwickelt werden, die es Menschen mit Lernschwächen und anderen Menschen, für die Sprache eine Hürde darstellt, ermöglicht, den Zugang zu politischer Teilhabe zu erleichtern. Hierzu entwickelt und realisiert die Projektgruppe „Kommunalwahl 21 – Verstehen und Mitmachen“ Ideen und Vorschläge.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 20

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

Weshalb waren nur der Name und die Unterschrift des Oberbürgermeisters auf den "Stadtgeld-Gutscheinen" abgedruckt und nicht auch die des gesamten Magistrats oder zumindest des Bürgermeisters?

Stellungnahme/Antwort durch:	011 - Persönlicher Referent des Oberbürgermeisters
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Die Umsetzung des Projektes Stadtgeld erfolgte verantwortlich im FB7, das dem Dezernat I zugeordnet ist. Deshalb unterschrieb als zuständiger Dezernent der Oberbürgermeister. Bei anderen Projekten aus dem Beschluss „Marburg Miteinander“ werden ebenfalls die zuständige*n Dezernent*innen unterschreiben.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 21

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Christoph Ditschler
Fraktion / Partei:	FDP/MBL

In welcher Form und Größe ist der Neujahrsempfang 2021 gegenwärtig geplant? Soll er überhaupt stattfinden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 09 - Unterstützung Kommunalen Gremien
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Ein Neujahrsempfang als Präsenzveranstaltung ist aufgrund der durch die Corona-Pandemie gegebenen Rahmenbedingungen für 2021 nicht geplant.

Ob eine Neujahrsrede in Form einer Videobotschaft, zu erreichen über die Homepage der Stadt, als mögliche Alternative angeboten wird, wird derzeit geprüft.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 22

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat der Stadt Marburg bitte erklären, wieso er beim Liegenschaftsverkauf die Treuhandliegenschaft der ehemaligen Schreinerei Hubert an Gunther Schneider in der Liegenschaftssitzung vom 20.8.2020, auf meinen berechtigten Einwand des viel zu niedrigen Verkaufspreises, erklären ließ, "dass es sich beim Lokschuppenareal bekanntermaßen um eine Konzeptausschreibung gehandelt habe und der Grundstückskaufpreis bereits beim seinerzeitigen Zuschlag an die Firma Schneider Gründer- und Kulturzentrum GmbH & Co. KG vereinbart worden sei.", obwohl die Schreinerei Hubert eben explizit nicht zur "optional erweiterten Fläche" in der Ausschreibung und somit der Konzeptausschreibung gehörte?

Stellungnahme/Antwort durch:	FB 6 - Planen, Bauen, Umwelt
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Der vom Bau- und Planungsausschuss am 21.09.2017 beschlossene Verkauf des Lokschuppens zusammen mit dem Werkstattgebäude wurde gemäß der Empfehlung des Auswahlgremiums vom 07.09.2017 umgesetzt und basiert auf dem von der Schneider Gründer- und Kulturzentrum GmbH & Co. KG eingereichten Konzept (s. Anlage). Dieses Konzept, das vom Auswahlgremium empfohlen wurde, beinhaltete neben dem Lokschuppen und dem Werkstattgebäude auch das Gebäude/die Fläche der Schreinerei Hubert und war insofern Bestandteil des auf den Quadratmeter Grundstücksfläche bezogenen Kaufpreisangebotes. Mit der Annahme dieses Angebotes war der Kaufpreis somit auch für die Fläche der Schreinerei Hubert bindend.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 23

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Tanja Bauder-Wöhr
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, wann für das Neubauprojekt Rosengärten in Cappel die Baugenehmigung erteilt wurde, ob die Einwände des Ortsbeirates berücksichtigt wurden und wie viele Sozialwohnungen dank der gültigen Sozialquote in Marburg realisiert werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 63 - Bauaufsicht
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Die Baugenehmigung für die Errichtung von 3 Mehrfamilienhäusern mit insgesamt 40 Wohneinheiten und 2 Gewerbeeinheiten in der Umgehungsstraße in 35043 Marburg/Cappel wurde bis heute noch nicht erteilt. Das Vorhaben befindet sich aktuell noch in Bearbeitung. Hierzu wurde der Ortsbeirat am 26.08.2020 beteiligt. Zu den geäußerten Bedenken gibt es bereits eine Antwort vom FD Stadtplanung an den Ortsvorsteher.

Eine Verpflichtung zur Bereitstellung von sogenannten Sozialwohnungen aufgrund der stadtinternen Quotenregelung für den geförderten Wohnungsbau in der Universitätsstadt Marburg besteht nicht, da die Voraussetzungen im betroffenen Bereich nicht vorliegen.

Auf freiwilliger Basis hat sich der Bauherr jedoch bereit erklärt, 2 Wohneinheiten, in einem anderen Gebäude (Eisenstraße 5f, 35039 Marburg), dem sozialen Wohnraum zu widmen. Eine entsprechende Vereinbarung hierzu wurde bereits gegenseitig unterzeichnet.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 24

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Kann der Magistrat dafür Sorge tragen, dass im vorderen Bereich der sogenannten Marburg Mall in der Universitätsstraße mehr Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen werden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 66 - Tiefbau
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Vom Investor der Marburg Mall wurde zu Beginn der Planungsarbeiten eine Bauvoranfrage bei der Bauaufsicht gestellt.

Bereits zu diesem Zeitpunkt wurde auch die notwendige Anzahl an Fahrradabstellplätzen nach der geltenden Stellplatzsatzung ermittelt. Danach ergab sich bei den verschiedenen Nutzungen innerhalb des Gebäudes ein Bedarf von 80 Stellplätzen.

Diese Anzahl an Stellplätzen wurde in der Planung auch berücksichtigt und umgesetzt. Zwischenzeitlich wurden sogar am Haupteingang Universitätsstraße zusätzliche Anlehnbügel installiert, die sehr stark genutzt werden.

Bei den vorhandenen Anlagen in der Schulstraße sowie auf der Nordseite des Gebäudes im Verbindungsgang zwischen Universitätsstraße und Schulstraße sind jedoch noch Kapazitäten vorhanden.

Von Seiten des Magistrats besteht aufgrund der Erfüllung aller baurechtlichen Vorschriften somit derzeit keine Handhabe zur Forderung zusätzlicher Anlagen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 25

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Jan Schalauske
Fraktion / Partei:	Marburger Linke

Was ist aus der vom Fragesteller angeregten und von der ZIMT-Koalition aufgenommenen Idee einer Begrünung der Bushaltstellen analog zur niederländischen Staat Utrecht (siehe Oberhessische Presse vom 12.09.19) geworden?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 69 - Umwelt-, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel
Dezernent/Dezernentin:	Bürgermeister Wieland Stötzel

Stellungnahme/Antwort:

Für die Realisierung sind verschiedene Partner, wie Stadtwerke Marburg, Ströer Media Deutschland GmbH (Köln) und die städtischen Fachdienste „Stadtgrün und Friedhöfe“ sowie „Umwelt, Klima- und Naturschutz, Fairer Handel“ in Abstimmung. Ein vor Ort Termin aller Beteiligten war für das Frühjahr 2020 anvisiert. Dieser fand wegen der Corona Pandemie nicht statt. Ein Ersatztermin soll voraussichtlich im Oktober stattfinden.

Bei dem Abstimmungstermin sollen Realisierungsmöglichkeiten sowie das konkrete Vorgehen in Marburg bei den bereits vorhandenen Buswartehäuschen angesprochen werden. Hier stehen statische sowie finanzielle Ausgangsbedingungen und die Pflege nach Installation im Vordergrund.

Nach der ersten Prüfung stellte sich im Vorfeld heraus, dass die vorhandenen Buswartehäuschen nicht zur Nachrüstung geeignet sind und komplett auszutauschen wären. Dies kann in einem ersten Schritt zum Schutz der Ressourcen (die jetzt eingesetzten Buswartehäuschen sind noch ansehnlich und erfüllen ihren Zweck) sowie aus finanziellen Aspekten lediglich an ausgewählten Standorten geschehen.

Wieland Stötzel
Bürgermeister

Kleine Anfrage Nr. 26

zur Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 25. September 2020

Fragesteller*in:	Stefan Oberhansl
Fraktion / Partei:	CDU

Welche kulturellen Projekte, Events und ggf. wiederkehrende Abendveranstaltungen werden durch die Stadtverwaltung umgesetzt bzw. befinden sich - nicht zuletzt wegen des bevorstehenden Semesterbeginns und kälteren klimatischen Bedingungen - in der ggw. Planung, um den Pandemie-Bestimmungen entsprechende Angebote selbst vorzuhalten und eine Zunahme an illegalen Versammlungen bzw. solche, welche wiederholt gegen Hygienebestimmungen verstoßen oder verstoßen könnten, entgegen zu wirken?

Stellungnahme/Antwort durch:	FD 41 - Kultur
Dezernent/Dezernentin:	Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies

Stellungnahme/Antwort:

Der Fachdienst Kultur führt derzeit im Rahmen der Themenschwerpunkte „Andersartig. Hexen. Glaube. Verfolgung“ sowie „Magie der Kräuter“ diejenigen kulturellen Projekte und Veranstaltungen durch, die sich an die derzeitigen Hygienebestimmungen anpassen lassen. Dies sind zusammen mit regelmäßigen Veranstaltungen der Stadt (Final Cut, Kultur Mobil, Feierlichkeiten des 9. Novembers, Krippenausstellung, Weihnachtsaktivitäten) mehr als 50 Veranstaltungen in den letzten Tagen des 3. und im 4. Quartal (s. Anhang). Dazu kommen die geplanten Veranstaltungen im Erwin-Piscator-Haus, des Jugend- und Sportamts und vieler anderer städtischer Fachdienste.

Darüber hinaus sind bislang keine zusätzlichen großen Kulturevents oder wiederkehrende Abendveranstaltungen von der Stadtverwaltung geplant. Dies auch deshalb, weil öffentliche Förderung subsidiär zu privatem Engagement ist. Die Durchführung größerer Events oder wiederkehrende Abendveranstaltungen ist zunächst privatwirtschaftlichen (Konzertagenturen, Kulturkneipen, freien Theatern) oder zivilgesellschaftlichen Interessenten vorbehalten.

Da Marburg mit dem Stadtmarketing e.V., drei soziokulturellen Zentren und rund über 100 geförderte Vereinen über eine reiche Kulturszene verfügt, konzentriert sich die kommunale Aufgabe zur Aufrechterhaltung der kulturellen Infrastruktur zunächst auf die Förderung dieser Veranstaltungen und Anbieter, sofern sie - auf Basis der COVID-19-Förderichtlinien und unter Berücksichtigung des Europäischen Beihilfegesetzes – gemeinwohlorientiert, nicht wettbewerbsverzerrend sind sowie soziale und kulturelle Zwecke erfüllen. (Art. 107 III AEUV).

Dazu werden Projekt gefördert – etwa Online Livestreams von elektronischer Musik ebenso wie von instrumentierten Live-Konzerten, Präsenz-Konzerte, Podcasts, Führungen, Theater- und Musicalproduktionen, Hörspiele, Videoprojekte. Einige dieser für und unter Coronabedingungen geplanten Veranstaltungen werden auch in Herbst und Winter 2020 veranstaltet werden. Derzeit sind Förderanträge auf Konzertreihen und ein großes Festival auf der Schlossparkbühne in Bearbeitung.

Darüber hinaus unterstützt der Fachdienst Kultur einzelne Kultursparten und –Anbieter bei der Suche nach coronatauglichen Räumen und der Entwicklung von angepassten Hygienehandreichungen für Zusammenkünfte kultureller Bildung z.B. Chöre, Kunstschaufende und die Musikschule. Er tut dies in der Hoffnung, dass sich Menschen – auch im Semester und unter kälteren klimatischen Bedingungen – abendlich treffen zu können, um gemeinsam zu singen, zu musizieren, Kunst zu machen oder Konzerte, Schauspiel oder Musical zu besuchen und so illegale Versammlungen zu vermeiden.

Dr. Thomas Spies
Oberbürgermeister